

30. Januar 2009

CSU-Steuersenkungsvorschläge sind unsozial

Zu den Steuersenkungsphantasien der CSU erklären die Sprecherin der LINKEN in Bayern, Eva Bulling-Schröter (MdB), und der stellvertretende Bundesvorsitzende der LINKEN, Klaus Ernst (MdB):

„Seit Wochen fordern CSU-Spitzen wie Ministerpräsident Horst Seehofer und Peter Ramsauer vehement eine Senkung der Einkommenssteuer als Maßnahme der Konjunkturbelebung. Sie haben es geschafft, dass gegen den vorher erklärten Willen von Kanzlerin und Finanzminister die Senkung von Einkommenssteuern Bestandteil des sogenannten Konjunkturpaketes II der Bundesregierung wurden. Das reicht ihnen aber nicht, sie drohen der CDU sogar mit einem eigenen Programm der CSU zur Bundestagswahl“, stellt Eva Bulling-Schröter fest und weist diese Steuer-Pläne der CSU zurück: „Hinter dem Muskelspiel der CSU steht eindeutig, dass sie ihre Wählerklientel der Gut- und Besserverdienenden bei der Stange halten und sich gegenüber ihrem Hauptkonkurrenten FDP, der Steuersenkungspartei, profilieren will. Wir, die LINKE, lehnen eine Senkung der Einkommenssteuer ab, weil sie in ihrer Wirkung unsozial ist und nur die höheren Einkommen spürbar entlastet. Die Zeche zahlen müssen in diesem Fall die 24 Millionen Haushalte in Deutschland, die keine Einkommenssteuer zahlen, weil das Einkommen zu gering ist, sie Sozialtransferleistungen oder Renten erhalten.“ Nicht nur von der LINKEN, auch von vielen Wirtschaftswissenschaftlern werde zudem die belebende Wirkung der von der CSU geforderten Steuersenkungen auf die Konjunktur stark bezweifelt, ergänzt der stellvertretende Bundesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Klaus Ernst: „DIE LINKE hat bereits im Herbst 2008 Maßnahmen gefordert, die zu einer direkten Stärkung der Kaufkraft in Deutschland führen, nämlich die sofortige Anhebung der HARTZ-IV-Sätze auf 435€, endlich einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,71€ und eine Erhöhung der gesetzlichen Renten um mindestens 4 Prozent.“ Weiter führt Ernst aus: „Unsere Forderungen sind sozial, bekämpfen weitere Armut und alle Gelder fließen nachweislich sofort in den Konsum und tragen so zur dringend notwendigen Belebung des Binnenmarktes bei. Außerdem setzen wir uns vehement für entsprechende Lohnerhöhungen in den Tarifkonflikten 2009 ein, damit die Reallöhne nicht weiter sinken, sondern endlich wieder gute Löhne gezahlt werden.“

Weitere Informationen: DIE LINKE Landesverband Bayern, Medienservice

•

14. Januar 2009

Eckpunkte für eine moderne, repressionsfreie bedarfsdeckende Mindestsicherung - Vorstand / Klaus

Ernst

Liebe Genossinnen und Genossen,

fast mit Begeisterung ist in dem Schreiben (e-mail vom 18.12.2008) von Klaus Ernst zu lesen: " Die Logik des "Jede Arbeit ist besser als keine" wird genauso konsequent gebrochen wie die Konstruktion der Bedarfsgemeinschaften - von lächerlich kann ich an dieser Stelle wirklich nicht reden, dafür ist die Hartz-IV-Realität zu brutal. Meine Motivation zur Gründung der WASG war und ist es, die Hartz-IV-Logik politisch zu brechen. Es wäre unglaublich, mir zu unterstellen, ich würde an dieser Logik festhalten." Bravo ist dazu in erster Lesung Klaus Ernst, Oskar Lafontaine, Gregor Gysi und anderen Mitgliedern der Bundestagsfraktion, die diese Eckpunkte unterstützen, zuzurufen!

Es geht hier nicht um sprachliche Spitzfindigkeiten. Sprache hat detektivische Eigenschaften. Die Logik von Hartz IV zu brechen heißt noch lange nicht, dass damit dieses unwürdige brutale System der gesellschaftlichen Ausgrenzung, Armutsproduktion und Armutsperfektion auch nur die Chance eröffnet wird, es zu beseitigen. Im Gegenteil. Die Logik von Hartz IV wird weiterhin aufrechterhalten durch den 5. Eckpunkt: Am "Vorrang der Existenzsicherung durch zumutbare Erwerbsarbeit wird festgehalten" - was auch Sanktionen bedingt. (Wirtschaftsminister Ehrenberg/SPD und ein paar geschasste Beamte (CDU) und ihre Jahrzehnte alte menschenunwürdige "Zumutbarkeit" lassen grüßen.

Weitere Zweifel kommen im selben 5. Eckpunkt bei dem Ausdruck auf: "Existenz sicherndes Einkommen schafft (mindestens Mindestlohn oder Tariflohn)" Bei dem Mindestlohn von 7,50 € oder den zahlreichen Tariflöhnen weit unter dem "Mindestlohn" entsteht der heftige Eindruck, dass der allergrößte Teil der Bundestagsabgeordneten nicht persönlich einkaufen geht, den Boden der Realität verloren hat, die Realität von Hartz-IV-Ausgegrenzten nicht mehr versteht und vielleicht auch nicht mehr will; dies wohl auch in DIE LINKE.

Von "Hartz IV muss weg!" sind wir mit diesen "Eckpunkten" noch sehr weit entfernt.

Der europäische Standard der Armutsgrenze ist in kapitalistischer Weise schon nicht allzu hoch gesetzt. Ein Diskussionspapier mit seinen "Eckpunkten", das nicht einmal dem europäischen Armutsstandard entspricht, hat bestenfalls die Eigenschaft von dummem Geschwätz, selbstverständlich intelligent vorgetragen!

Es lohnt sich vielleicht doch noch beim Detektiv Sprache kurz zu verweilen. Sprechen wir in der Diskussion von zwei verschiedenen Begriffen und damit von verschiedenen Modellvorstellungen? Klaus Ernst (siehe seine e-Mail) spricht in seinen "Eckpunkten" von "Mindestsicherung und Mindestbedarf", was der Willkür ganze Stadttore öffnet.

Im Antrag der Fraktion "Für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit - Strategie zur Überwindung von Hartz IV" vom 16.03.2006, Bundestags-Drucksache 16/997 ist die Rede von Grundsicherung. In der BT-Drucksache 16/6698 ist auf Seite 3 einmal die Rede von "Absicherung von Mindesteinkommen".

Unser Sprachverständnis geht dahin, dass all diese Begriffe verschiedenes meinen, nämlich "Grundeinkommen kann höher liegen als bedarfsdeckendes Mindesteinkommen" - oder irren wir?

Hier wäre ein neuer einheitlicher Sprachgebrauch erforderlich. Der destruktive Herrschaftssprachgebrauch aus dem Sozialgesetzbuch muss nicht notwendigerweise von DIE LINKE gedankenlos übernommen werden. Insbesondere ist bei den Beratungen auch darauf zu achten, dass durch die Begriffe der herrschenden Willkür nicht sämtliche Tore geöffnet werden. Synonyme eignen sich hervorragend zur Rechtsverdrehung, zur Verschleierung und zur Rechtsentwertung, als Werkzeuge zur Armutsproduktion etc.

Die gesamte Beschäftigungspolitik und die derzeitige Armutsverwaltung (Armuts-entsorgung) ist nicht isoliert zu sehen. Sie ist vielmehr im Rahmen des Zusammen-bruchs des Kapitalismus - es ist nicht nur eine schwere Finanzkrise - und der Militarisierung der Gesellschaft zu sehen.

Es erobert nicht nur uns, sondern auch unsere Wähler, dass plötzlich unvorstellbare Milliarden als "zusätzlicher Gewinn" zur Rettung der Wirtschaft "reingesteckt" werden, während nur ein Bruchteil davon für Erwerbslose verweigert wird. Statt der Militarisierung im "inneren" der Bundesrepublik, mit äußeren Argumenten betrieben, jedoch mit dem Zweck "innere Unruhen" und Streiks nieder zuschießen, wären gerade diese Kosten in den gesamten Sozialen- und Bildungsbereichen humaner, sinnvoller, produktiver angebracht.

In der Diskussion um das Grundeinkommen sollte die Bundestagsfraktion und der Parteivorstand mehr auf die Basis achten - ohne sie ist auch die Fraktion wertloser Selbstzweck.

Die Landes- und die Bundesarbeitsgemeinschaften Grundeinkommen und LAG Hartz IV haben hinlänglich gute Diskussionsgrundlagen zum "bedingungslosen Grundeinkommen" erarbeitet. Das Arbeitspapier aus dem Büro Katja Kipping ist unterstützungswürdig und trägt unserer Auffassung nach ebenfalls bestens zur sachlichen Diskussion bei.

Die einzige diskutabile Grundlage für ein bedingungsloses Grundeinkommen ist im Grundgesetz Artikel 1 zu sehen, diesen auch zu verwirklichen. Ein kleiner Schritt für DIE LINKE in Richtung Antikapitalismus.

Mit ein bisschen an den Reformschraubchen zu drehen, in Denkmustern der Sozialdemokratie zu verharren, wie in dem Vorstandspapier / Klaus Ernst, und dies auch noch persönlich beleidigt zu verteidigen, ist kaum sachdienlich.

Wir brauchen keine SPD á la 1974, keine Reförmchen-Partei und die Partei DIE LINKE braucht schon gar nicht eine Sozialdemokratiesierung, die sich manche in den eigenen Reihen ans Knie nageln sollten.

Hartz IV muss solidarisch unumwunden weg! Ohne Wenn und Aber!

DIE LINKE. KV Dachau

Eva Bernardi - 1. Vorsitzende

Wolf-Dieter Krämer – Stellv. Vorsitzender

Steffen Böhm – Stellv. Vorsitzender

Axel Mende – Pressesprecher

Chris Sedlmair – Wahlkampfmanager

Wolfgang Grain – Mitglied

Simone Bast - Mitglied

Pressemitteilungen des KV Dachau

CSU: Mit Gegner reden ist verfassungsfeindlich 19.08.2008

Keine Nachrichten in dieser Ansicht.

Quelle: <http://www.die-linke-dachau.de/nc/medien/archiv/>